

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

# DIE LINKE.

Nr. 254 - 27. Jahrgang  
November 2019  
Spendenbeitrag 50 Cent

## SOLIDARITÄT MIT DEN KURD\*INNEN

**11.000 Kurdinnen und Kurden starben im Kampf gegen den „Islamischen Staat IS“. Dieses Opfer schützte sie nicht vor dem Verrat des Westens. DIE LINKE protestiert gegen diese furchtbare Politik.**

In Rostock fanden im Oktober drei Demonstrationen statt, auf denen viele Rostocker Linke ihre Solidarität mit den Kurd\*innen zum Ausdruck brachten. Das Schicksal dieses Volkes bewegt viele von uns, nicht zuletzt wegen Rojava, der kurdischen Selbstverwaltungs-föderation. Diese Föderation bedeutete einen enormen demokratischen Fortschritt, nicht zuletzt durch eine im Nahen/Mittleren Osten beispiellose Stärkung von Frauenrechten.



*Auch der Landesvorstand DIE LINKE.Mecklenburg-Vorpommern zeigte Haltung gegen den Überfall der Türkei auf Nord-Syrien*

gend nötig. Außenminister Heiko Maas, diese halbe Portion, tat sich lange schwer, den Türken einen Bruch des Völkerrechts vorzuwerfen. AKK spielte Weltpolitikerin, während Erdogan und Putin vollendete

2018 waren es Waffen und Technik im Wert von 243 Millionen Euro, in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits 184 Millionen. Nachdem also vor allem Deutschland die türkische Armee aufgerüstet hatte, folgte nun ein Moratorium für Waffenexporte. Der Verdacht liegt nahe, dass der strategisch wichtige NATO-Partner Türkei im Norden Syriens *tabula rasa* machen kann und sich danach das Verhältnis zu den NATO-Partnern schrittweise normalisiert. Als wäre nichts passiert. Ein politischer und moralischer Bankrott der NATO-Staaten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich forderte den Ausschluss der Türkei aus der NATO – besser wäre jedoch die Auflösung der ganzen Organisation.

Die Linksfraktion setzte im Bundestag eine Aktuelle Stunde durch. Das war angesichts der Reaktion der Bundesregierung auf den türkischen Angriff auch drin-

Tatsachen schufen. Deutschland hat seit dem Jahr 2000 an die Türkei Rüstungsgüter im Wert von 1,746 Milliarden Euro verkauft. Allein

(Siehe auch Seite 3)  
Text: Carsten Penzlin  
Foto: Landesverband DIE LINKE.MV

## DR. SIGMUND JÄHN IN SCHMARL-GROSS KLEIN

Ich konnte mit meinen „Jungen Briefmarkenfreunden Rostock“ am 14. September den ersten Deutschen im All im Haus 12 in Schmarl miterleben. Gemeinsam mit den Freunden der Raumfahrt Schmarl-Groß Klein lernten wir „Sig“ als Menschen und Kosmonauten kennen. Er sprach vor den Rostockern zu seiner militärischen Ausbildung in der DDR und der Sowjetunion, zu seiner Kosmonautenausbildung im Sternenstädtchen bei Moskau

sowie über seine Teilnahme am gemeinsamen Raumflug vom 26.8. bis 3.9.1978. Nach der traurigen Nachricht vom 21. September kam in der ganzen Welt, so auch in unserer Parteigruppe der Südstadt, große Betroffenheit und Anteilnahme zum Ausdruck. Mögen seine Einfachheit, Bescheidenheit, Toleranz, Umsicht, sein großes Herz und seine große Seele für uns und für die Jugend ein Vorbild bleiben.  
*P. Schmidt*



» Vielleicht wird es noch mal eine menschliche Gesellschaft geben, in der nicht einer Milliarden besitzt, während der andere gerade so durchkommt. «

Sigmund Jähn  
1937 - 2019

Foto: Bundesarchiv, Bild 183 10096-148 / Peter Koop / CC-BY-SA

In dieser  
Ausgabe

Seite 2: Projekt-AG  
Seite 3: Kurdistan  
Seite 4: Lütten Klein  
Seite 5: Nachrufe  
Seite 6: Wahlauswertung

Seite 8: Plattdeutsch  
Seite 9: Vor 30 Jahren  
Seite 10: Radentscheid  
Seite 11: Termine  
Seite 12: Aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser, wir bitten Euch herzlich um Eure Mithilfe. Der Kreisverband Rostock will 2020 Angebote politischer Bildung machen. Auf Seite 10 findet Ihr Themenvorschläge. Sucht Euch was aus und macht bitte drei Kreuze. Zur Einstimmung auf das Bildungsjahr kommt am 21. November Petra Pau nach Rostock (siehe Seite 11). Sehen wir uns dort?

Petra wird über demokratischen Sozialismus sprechen. Ist das Thema für uns noch aktuell, wo doch DIE LINKE in Thüringen als vermeintliche „Partei der Mitte“ einen großen Erfolg eingefahren hat? Sozialistische Weltanschauung und pragmatische Politik sind durch-



aus miteinander in Einklang zu bringen. Es hängt von den Umständen ab. Wir präsentieren Euch auf Seite 6 eine erste kurze Wahlanalyse.

Freuen wir uns doch einfach über den Sieg in Thüringen. Wollen wir ein bisschen träumen? Gäbe es nun Neuwahlen im Bund, könnten wir den Schwung mitnehmen und als LINKE stärkste Kraft werden, mit Dietmar Bartsch als Kanzler in einer Minderheitsregierung. So wird es kommen – oder auch nicht.

Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*



**Der Rostocker Kreisvorstand hat zwei neue Projekt-Arbeitsgruppen ins Leben gerufen.**

**Alle interessierten Genoss\*innen sind aufgefordert, sich an der Arbeit zu beteiligen.**

In der ersten Projekt-AG (ca. 1. Halbjahr 2020) geht es darum, ein Grundsatzprogramm für die Rostocker LINKE zu erarbeiten. Auf 8-12 Seiten wollen wir aufbauend auf unserem Kommunalwahlprogramm für ausgewählte Politikbereiche darlegen, wofür wir politisch stehen: in der Wohnungspolitik, im ÖPNV, im Jugendbereich, etc. Es geht also nicht um Forderungen aus der aktuellen Tagespolitik, sondern um Grundsätzliches. Dieses soll aber in lebendiger Sprache und mit Illustrationen präsentiert werden. Die fertige Broschüre geht an alle Mitglieder, an künftige Neumitglieder sowie über Infostände spätestens im Wahljahr 2021 an interessierte Bürger\*innen.

In der zweiten Projekt-AG (ca. 2. Halbjahr 2020) wollen wir ein grundsätzliches Anliegen unserer Partei herausstellen: die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen eine Broschüre erstellen und flächendeckend verteilen, in der wir über Angebote im Stadtteil aufklären: Soziales, Kultur, Vereinsarbeit, Sport, Politik, etc. Es gibt unzählige Möglichkeiten für die Bürger\*innen, sich zu engagieren, sich bei Problemen Hilfe zu holen ... Den meisten Bürger\*innen fehlt aber sicherlich ein Überblick über die entsprechenden Angebote im Stadtteil. Dies wollen wir ändern. Es ist sicher nicht realistisch, für jeden Stadtteil eine eigene Broschüre zu erstellen. Man könnte größere Gebiete definieren, z.B. Innenstadt, Nordost, Lichtenhagen/Lütten Klein/Evershagen, Reutershagen/Hansaviertel, usw. Unerlässlich für die Arbeit der Projekt-AG ist die Mitarbeit der Stadtteilverbände.

Die Broschüre könnte regelmäßig aktualisiert werden, z.B. nach zwei Jahren. Auf jeden Fall stärken wir mit diesem Angebot unser Profil als **die** kommunalpolitische Kraft vor Ort.

Über den Termin der ersten Sitzung wird rechtzeitig per Mail informiert. *CP*



Mitgliederversammlung der VVN-BdA (Verbindung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten) am 12. Oktober in der Geschäftsstelle der Rostocker LINKEN. Etwa 60 Mitglieder hat die Rostocker Basisorganisation – aus der Linkspartei,

SPD und DKP sowie Parteilose. Sie halten das Erinnern an den Kampf gegen den Faschismus aufrecht.

Konkret bedeutet dies: Durchführung von Veranstaltungen am 8. Mai, am zweiten Sonntag im September, am Holocaust-Gedenktag, am 1. Mai (Gedenken an die Zwangsarbeiter\*innen); Erhalt der Gedenkstätten in Rostock, z.B. auf dem Neuen Friedhof; neues Format: Gedankenaustausch zwischen Enkeln der Widerstandskämpfer\*innen.

Spontan wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand.

Ihm gehören an: Fritz Beise, Eckhard Brickenkamp, Maren Haase, Regine Lück, Carsten Penzlin, Henning Schleiff sowie Jochen Barthel, Sohn des Schriftstellers Kurt Barthel (Kuba). *CP*





# ◀ AUSSENPOLITIK

## SOLIDARITÄT MIT DEN KURD\*INNEN

Am frühen Dienstagabend, dem 22. Oktober, haben Aktivist\*innen der Rostocker Ortsgruppe von „linksjugend [solid]“, dem parteinahen Jugendverband der LINKEN, am Kröpeliner-Tor-Center ein Banner anlässlich des türkischen Krieges gegen die kurdische Autonomieregion Rojava aufgehängt. Damit wollten sie auf die unverminderte Härte der türkischen Invasion in Kurdistan hinweisen und sich mit den um ihre Existenz kämpfenden Kurd\*innen solidarisch zeigen.

„Demos und Kundgebungen gegen den Krieg sind schön und gut. Doch leider erreichen sie selten die Filterblasen vieler Menschen. Es bedarf eines regelmäßigen Protests im öffentlichen Raum, sowie in den Parlamenten!“, so ein Beteiligter. Die Anwesenden sehen sich in ihrem Protest durch den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages bestätigt, der den türkischen Angriff auf Rojava als völkerrechtswidrig einstuft. Deutschland als langjähriger Waffenexporteur an die Türkei sei hier in besonderer Verantwortung: „Daher brau-

chen wir hier diplomatische Offensiven der verantwortlichen Stellen und Druck aus der Bevölkerung. Ein undurchdachter Alleingang der innerparteilich unter Druck stehenden

Schritt könne hier die Stadt Rostock durch eine Solidaritätsbekundung machen.

„Auf Erpressungsversuche der Türkei durch den Flüchtlings-Deal darf man nicht reagie-



Verteidigungsministerin hilft hier nicht weiter“, sagt eine Beteiligte im Hinblick auf die Forderung der Verteidigungsministerin nach einer internationalen Sicherheitszone. So mache sich die BRD nur zur willfährigen Helferin des türkischen Ziels, nämlich der Beendigung der kurdischen Autonomie und der Schaffung einer „Pufferzone“ zwischen Syrien und der Türkei. Stattdessen müsse die Bundesregierung die kurdischen Autonomiegebiete offiziell anerkennen, so die Aktivistin weiter. Einen symbolischen ersten

ren, das wäre höchst inhuman. Bei einer neuerlichen Ankunft vieler Geflüchteter sind auch wir in Rostock in besonderer Verantwortung, haben wir doch durch Waffenexporte diese humanitäre Krise in Nordsyrien erst möglich gemacht“, so ein weiteres Mitglied des Jugendverbandes über die Drohungen der Türkei und die Furcht der bürgerlichen Parteien vor einer neuerlichen „Flüchtlingswelle“.

Text und Foto: Linksjugend Rostock

## ROTFEDER UND DER SKURRILE PLAN DER AKK

Soll die NATO reparieren, was eines ihrer Mitglieder verursacht hat?

Am 18. März 2014 unterzeichnete Wladimir Putin einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation. Der Annexion der Halbinsel war ein international umstrittenes Referendum vorangegangen, in dem die mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung über den künftigen Status der Krim entschieden hatte. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellte im Jahr 2017 fest, dass der Anschluss der Krim an das Gebiet der Russischen Föderation „in der deutschen, aber auch in der US-amerikanischen Völkerrechtslehre einhellig als völkerrechtswidriger Gebietswechsel bezeichnet“ werde, „der in den Kategorien des Völkerrechts am ehesten als Annexion einzuordnen ist“. Das Auswärtige Amt bezeichnete die Ereignisse bis heute als „völkerrechtswidrige Annexion“.

Westliche Staaten haben wegen der Krim-Krise sehr schnell Sanktionen gegen staatliche und nicht-staatliche Akteure in Russland erlassen, darunter die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die USA, die nach wie vor gelten.

Wie aber reagieren sie heute auf die Be-

setzung von Kurden verwalteten syrischen Territoriums durch türkisches Militär? Warum verlangt der Westen nicht ein Ende dieser völkerrechtswidrigen Invasion?

„Mein Vorschlag ist, dass wir eine international kontrollierte Sicherheitszone unter Einbeziehung der Türkei und unter Einbeziehung von Russland einrichten“, so Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer. Sie schließt dabei den Einsatz deutscher Soldaten nicht aus, die dann Zivilisten schützen sollen. In ihrem Vorschlag kommt die kurdische Selbstverwaltung gar nicht vor, die mutig und verlustreich mit für den vorläufigen Sieg über den IS gesorgt hat. Der NATO- und Handelspartner Türkei soll schließlich nicht verärgert werden.

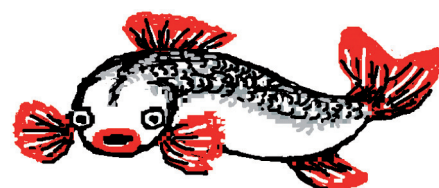
Mit Kramp-Karrenbauers skurrilem Plan soll nun womöglich die NATO mit einer Schutzzone reparieren, was ein NATO-Mitglied mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überhaupt erst angerichtet hat, woran es ebendiese NATO nicht hinderte. Warum setzt die Allianz jetzt die Türkei nicht unter Druck, wie sie es in der Krim-Krise mit Russland so selbstverständlich getan hat? Warum wird kein striktes Waffenembargo verhängt?

Wenn es tatsächlich um Sicherheitsinter-

essen der Türkei gehen würde, könnten doch NATO-Soldaten auf der türkischen Seite der Grenze eine Sicherheitszone einrichten, nachdem sich die Türkei und ihre dschihadistischen Helfer aus Nordsyrien zurückgezogen haben. In Frage käme auch der Einsatz von Blauhelmen mit UN-Mandat, wie das die kurdische Selbstverwaltung fordert. Das wäre im Sinne einer völkerrechtskonformen Lösung.

Kramp-Karrenbauer geht es aber eigentlich wohl darum, den Plan Erdogans zur Umsiedlung von Millionen syrisch-arabischer Flüchtlinge aus der Türkei nach Nordsyrien unter Aufsicht deutschen und Nato-Militärs umzusetzen. Das bedeutet eine massive Vertreibungen von Kurdinnen und Kurden und letztendlich die Besatzung Nordsyriens.

Dies kann nicht akzeptiert werden, meint eure Rotfeder



## LÜTTEN KLEIN IM WANDEL

**Prof. Steffen Mau stellte am 11. Oktober sein Buch „Lütten Klein – Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft“ vor.**

Vor etlichen Wochen erhielt Genn. Gretel Fette einen Anruf, ein Professor aus Berlin von der Humboldtuniversität wollte sich gern mit der Chronik Gruppe in Lütten Klein treffen. Zum genannten Termin stellte sich uns ein sehr offener, kommunikativer Professor vor, ohne jegliche Allüren. Es kam gleich ein lebhaftes Gespräch zu Stande. Er befragte uns nach unseren Befindlichkeiten und wie wir die Nachwendzeit erlebt hätten. Zuvor hatte er uns sein Buchprojekt vorgestellt. Prof. Mau arbeitet am Institut für Sozialwissenschaften und ist Lehrbereichsleiter auf dem Gebiet der Makrosoziologie, d.h. sein Lehr- und Forschungsgebiet ist die Soziologie der gesamten Gesellschaft. Auf das Wohngebiet Lütten Klein kam Prof. Mau, weil er hier seine Kindheit und Jugend verbracht hat und es noch viele Bezugspunkte durch die Familie und Bekannte gibt.

Die Medien begleiteten sein Buch mit großer Aufmerksamkeit. So gab es auch einen Beitrag im NDR-Radio MV und die Ankündigung, dass Prof. Mau eine Lesung in der Kunsthalle durchführen wird. Zuvor drehte der NDR noch einen kleinen Film in Lütten Klein, der im Nordmagazin zu sehen war. Prof. Mau hatte den Wunsch, sich auch hier bei einem Besuch mit der Chronik Gruppe zeigen zu lassen. Hier fasste ich mir ein Herz und fragte, ob er auch direkt nach Lütten Klein kommen würde, da doch viele Ältere den Weg in die Kunsthalle zu beschwerlich fänden. Er sagte spontan zu und wir organisierten als Stadtteilverband

DIE LINKE eine öffentliche Buchvorstellung.

Am 11. Oktober war der große Saal im Mehrgenerationenhaus gut gefüllt. Prof. Mau führte in sein Projekt ein. Lütten Klein war auch in sofern interessant, weil es das erste Neubaugebiet im Nordwesten Rostocks war und die Architekten keine Entscheidung zwischen Bewahren und Abreißen treffen mussten. Der hohe Versorgungsgrad mit Kinderkombinationen und Schulen war vorbildlich, die Wohnqualität beachtlich. Es gab keine Abwertung, in „der Platte“ zu leben. Dann erlebten die Bürger mit dem Zusammenbruch der DDR einen kollektiven Schock. Das Gefühl der Zerbrechlichkeit aller politischen Verhältnisse war für die meisten undenkbar gewesen und in sofern konnte sich niemand darauf einstellen. Durch den Mauerfall und die offenen Grenzen nach West, Süd und Nord entstand eine regelrechte Massenmobilisierung, die aber bald in organisierte Formen wechselte.

Prof. Mau interessierte sich sowohl für den Ost-West-Konflikt als auch dafür, wie Demokratie heute erlebt wird. Er führte dazu viele Interviews und im Buch sind zahlreiche Statistiken und Diagramme zu den verschiedensten Fakten zu finden, also ein populär-wissenschaftliches Werk. Für seine Lesung hatte Prof. Mau drei Textstellen ausgewählt. Dann folgte eine lebhaft Diskussions und Aussprache. Diskutiert wurden u.a.

- Sind wir eine veränderungerschöpfte Gesellschaft?
- Fechten es unsere Enkel besser aus?
- Warum hat keine „Verwestlichung“ der Menschen stattgefunden?

- Eine richtig funktionierende Demokratie hat Deutschland in keiner Phase erlebt
- Warum erreichen wir die Schwachen der Gesellschaft so schwer?
- Das Verhältnis von Parteien und Massenbewegungen (Was hat Volkes Wille bisher erreicht?)

Zwei Stunden hatten kaum für all die Wortmeldungen ausgereicht. Prof. Mau reagierte mit großer Sachkunde und hat uns noch so manche Denkanstöße gegeben. Einige haben das Buch bereits gelesen oder gekauft, viele werden es wohl noch erwerben. Es geht eben nicht nur um Lütten Klein, sondern unser Stadtteil steht exemplarisch für die gesamte Turbo-Transformation der ostdeutschen Gesellschaft.

*Merve Hähnel*



## STUDENTISCHES WOHNEN

**Bezahlbares Wohnen statt Sekundenschlaf im Hörsaal!**

Am Rande der feierlichen Immatrikulation hat die Linksjugend Rostock mit einer kleinen Aktion auf das Problem steigender Mieten aufmerksam gemacht.

Die Mietpreise sind gerade in Universitätsstädten in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Wohnen wird für Studierende immer teurer. Zwar belegen die Uni-Städte in M-V, Rostock oder Greifswald, keine Spitzenplätze bei der Teuerungsrate, doch auch hier

wird die Belastung nicht geringer. Allein dem Studierendenwerk Rostock/Wismar fehlten zum Start des Wintersemesters 19/20 600 Wohnheimplätze. DIE LINKE. Rostock und die Linksfraktion im Landtag M-V werden daher den Neubau und die Sanierung von kommunalen Wohnheimen beantragen. Denn den ambitionierten Ankündigungen der Landesregierung sind leider noch keine Taten gefolgt. Wir brauchen daher endlich eine Initiative für bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand!





# DIE LINKE.ROSTOCK TRAUERT

## Nachruf für Genossen Wolfgang Burmeister

Vor wenigen Wochen ist unser Genosse Wolfgang Burmeister gestorben. Wolfgang war am 13.8.1950 in Rostock geboren worden.

Genosse Burmeister erlernte nach dem Abschluss der 10. Klasse 1967 den Beruf eines Fernmeldemonteurs im VEB RFT-Fernmeldeanlagenbau Rostock. Anschließend arbeitete er dort und im VEB Schiffselektronik Rostock als Fernmeldemonteur. Von 1978 bis 1990 war er im VEB Schiffselektronik als Redakteur der Betriebszeitung, Materialwirtschaftler, Produktionslenker und Sachbearbeiter für Vorschlagswesen tätig, wofür er sich durch Fernstudien für Elektrotechnik und Ökonomie qualifiziert hatte.

Nach der politischen Wende nahm er immer wieder an verschiedenen Weiterbildungen teil, war oft nur kurzfristig als Außendienstmitarbeiter bei der HEVAG Rostock, Mitarbeiter der R&M Schiffsisolierung, Tischlerhelfer in der BQG Neptun Rostock, Projektleiter bei TEKTOR-Projektentwicklung GmbH sowie in MAE (1 Euro-Jobs) bei der BQG und HWBR tätig. Wolfgang hat nie aufgegeben, hat immer wieder versucht, ins Berufsleben zurückzukommen. Ab September 2010 war er Rentner.

Genosse Burmeister war trotz der großen Schwierigkeiten und Belastungen durch die Unterbrechungen der beruflichen Tätigkeiten sowie gesundheitliche Probleme stets politisch interessiert und aktiv. Oft nahm er an Demonstrationen und Kundgebungen für soziale Gerechtigkeit und Frieden teil. Er blieb Mitglied der PDS und der Partei DIE LINKE, engagierte sich in der Kommunistischen Plattform.

Am 6.10.2019 war Wolfgang Burmeister am Ende seiner Kräfte und unterlag den zunehmenden gesundheitlichen Problemen. DIE LINKE hat einen bescheidenen, lebenswerten, engagierten Genossen verloren. Er wird vielen in guter Erinnerung bleiben.

Unser Beileid gilt seiner Frau und der Familie.

*Prof. Dr. Wolfgang Methling*

## Nachruf für Genossen Dr. Christian Westphal

Am 7.10.2019 ist wurde unser Genosse Dr. phil. habil. Christian Westphal völlig unerwartet aus dem Leben gerissen. Er starb nach einer Operation im Krankenhaus.

Christian Westphal wurde am 31.3.1955 in Rostock geboren und war nach dem Studium der Philosophie und der Promotion an der Universität Rostock beim damaligen Rat des Bezirkes Rostock tätig. Dort war er für die Zusammenarbeit mit den Kirchen verantwortlich. Christian engagierte sich nach der Wende im Rostocker Kreisverband und im Landesvorstand der PDS, war Mitglied der Fraktion der PDS in der Rostocker Bürgerschaft, die er von 1995 bis 1998 leitete. Sein besonderes Interesse an historischen Prozessen fand in der Mitwirkung in der Geschichtswerkstatt Rostock e.V. seinen Niederschlag. In dieser Zeit hat er wesentlich dazu beigetragen, Vertrauen für eine politische Zusammenarbeit zwischen der PDS und der SPD aufzubauen. Bis 1998 wirkte er als enger Mitarbeiter des Landesvorsitzenden Helmut Holter in der Geschäftsstelle des PDS-Landesvorstandes.

Nach Bildung der ersten SPD/PDS-Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern im

November 1998 arbeitete Christian als Referent im von Helmut Holter geleiteten Ministerium für Arbeit und Bau. In der folgenden Legislaturperiode wechselte er in das von Marianne Linke geleitete Sozialministerium. Mit dem Regierungswechsel 2006 wurde er im Wirtschaftsministerium weiterhin auf seinen Spezialgebieten der Arbeits- und Wirtschaftsförderung eingesetzt, zuletzt in der Geschäftsstelle des Regionalbeirates der Region Rostock. Dort war er nicht nur Verwalter, sondern auch Berater für Arbeits- und Wirtschaftsförderprojekte. Christian hat sich in alle seine Tätigkeitsfelder schnell eingearbeitet und hervorragende konzeptionelle und organisatorische Arbeit geleistet. Seine Loyalität, die schnelle Auffassungsgabe und der kooperative Arbeitsstil brachten ihm die Anerkennung der Vorgesetzten, Mitarbeiter und Kooperationspartner ein. Christian Westphal war in Diskussionen durchaus kämpferisch und beharrlich, verschaffte sich Respekt durch sachliche Argumentationen, akzeptierte aber auch andere Positionen der Diskussionspartner.

Christian Westphal war ein kluger, politisch strategisch, aber auch taktisch denkender und handelnder Mensch. Leider hat er sich in den letzten Jahren nicht mehr so aktiv in die politische Arbeit der LINKEN eingebracht. Aber Christian hatte großen Anteil an der Entwicklung der kommunalpolitischen Kompetenz und Stärke der LINKEN in Rostock und an der landespolitischen Handlungsfähigkeit in Regierungsverantwortung und Opposition. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet und werden das Andenken an ihn bewahren.

Unser tief empfundenes Beileid gilt seiner Frau Marion und der Familie.

*Prof. Dr. Wolfgang Methling*

## Atomkriegsübung „Steadfast Noon“ - Sie trainieren unsere Vernichtung!

Im Oktober trainierten US-Truppen gemeinsam mit der Bundeswehr in der jährlichen Militärübung „Steadfast Noon“ den Atomkrieg über Deutschland. Die Bundeswehr setzte dabei Tornados und Eurofighter ein. Trainiert wurden die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit zwischen den europäischen Militärs und der in Europa stationierten US-Air Force-Kräfte.

Die beteiligten deutschen Standorte sind in diesem Jahr Büchel und Nörvenich. Auch in Nörvenich waren früher Atomwaffen stationiert. In Büchel lagern aktuell bis zu 20 Atombomben des Typs B61. Das

Taktische Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr soll im Atomkriegsfall die Bücheler Atombomben im Rahmen der Nuklearen Teilhabe ins Ziel bringen.

Kathrin Vogler, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, dazu: „Es ist völlig wahnsinnig, was da gerade geschieht. Die USA üben mit der Bundeswehr sowie niederländischen, italienischen und polnischen Streitkräften, wie man einen Atomkrieg in Europa führt. Käme es dazu, würden Millionen Menschen sterben und kein Stein bliebe auf dem anderen. Es ist auch skandalös, dass die Bevölkerung nicht informiert wird. Wir wissen zum Beispiel nicht, ob die Bücheler Atombomben während der Übung über

der Eifel herumgefliegen werden. Ich habe Mitte September eine Kleine Anfrage zu Steadfast Noon gestellt, die die Bundesregierung bis heute nicht beantwortet hat. Wie groß ist das Risiko, dass hier ein katastrophaler Unfall geschieht?

Dass diese Atomkriegsübung eine politische und militärische Drohgebärde gegenüber Russland sein soll, macht alles noch schlimmer: Steadfast Noon markiert den Rückfall in den nuklear bestückten Kalten Krieg, der uns alle als Geiseln nimmt. Meine Antwort darauf: Wir müssen alle Atomwaffen abschaffen. Die Bundesregierung muss sofort den UN-Atomwaffenverbotvertrag unterschreiben.“

## EIN HISTORISCHER SIEG

Bei der Landtagswahl in Thüringen ist die rot-rot-grüne Koalition abgewählt worden. Das liegt vor allem an der Schwäche von SPD und Grünen. Denn eigentlich war die Zufriedenheit mit der Landesregierung sehr hoch. Die Popularität des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ist enorm. Davon profitierte aber nur eine Partei.

Dank gesteigener Wahlbeteiligung (64,9 statt 52,7 %) hat DIE LINKE fast 80.000 Wähler hinzugewonnen. Die Fraktion wird um eine Person größer. DIE LINKE gewann auch viele Stimmen ehemaliger Nichtwähler, wobei die AfD hier noch deutlich erfolgreicher war.

Bodo Ramelow war im Wahlkampf das große Zugpferd; DIE LINKE profitierte bei den Zweitstimmen enorm von ihrem Spitzenkandidaten. Ein Drittel der LINKE-Wähler und sogar 40 % der LINKE-Neuwähler sagen, sie hätten nur wegen Bodo diese Partei gewählt. Wie schon in Brandenburg und Sachsen versammelten sich angesichts wachsender Polarisierung viele Wähler hinter ihrem Ministerpräsidenten. Dort hatten SPD und CDU aber trotzdem deutlich Wähleranteile verloren – DIE LINKE in Thüringen gewann hingegen noch deutlich hinzu. Bei den Erststimmen relativierte sich dies etwas. Elf Direktmandate holte DIE LINKE, die CDU mit 21 deutlich mehr. Aber elf Direktmandate muss man auch erst mal schaffen. Ein großer Erfolg!

31 % (+ 2,8 %) – noch nie war unsere Partei bei einer Landtagswahl so erfolgreich. Das verdankt sie vor allem den Älteren. 40 % der Über-60-jährigen wählten sie, bei den Unter-30-jährigen nur 22 %. Besonders in den Feldern Soziale Gerechtigkeit und Bildung (Bildungsminister Helmut Holter!) hat DIE LINKE hohe Kompetenzwerte, während die andere Regierungspartei SPD hier dramatische Einbußen erlitt. Aber auch im Feld Wirtschaft konnte DIE LINKE in Thüringen punkten. 48 % ordnen DIE LINKE in Thüringen als „Partei der Mitte“ ein.

Die Wahl in Thüringen ist ein weiterer Beleg für den Rechtsruck in der Gesellschaft. Das Mitte-Links-Lager hat seine Mehrheit eingebüßt. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln – obwohl sie mit Björn Höcke einen Spitzenkandidaten hatte, der offen faschistisch auftrat. Sein Erfolg wird die ganze AfD weiter nach rechts rücken. Die AfD wurde in Thüringen vor allem von Männern im mittleren Alter mit niedrigem Bildungsabschluss gewählt.

Thüringen zeigt, dass die Parteienbindung der Wählerschaft weiter erodiert. Von Bundesland zu Bundesland sind sehr unterschiedliche Ergebnisse möglich. Die

Thüringen: gute Politik, verlässlich und immer nahbar – das geht auch bei uns!



Auch Genoss\*innen aus unserem Landesverband halfen im Thüringer Wahlkampf, zum Beispiel Eva-Maria Kröger.

Koalitionsverhandlungen werden zeigen, ob dies auch historische Auswirkungen auf die Regierungsbildung haben wird. Eine Koalition zwischen LINKEN und CDU liegt im Bereich des Möglichen. Horst Kahrs schreibt, dass Minderheitsregierungen besser für die Demokratie wären, da hierdurch die Unterschiede zwischen den Parteien links der AfD deutlicher hervortreten und sich im Parlament eine lebendige Streitkultur entwickeln könnte.

Dieser Artikel basiert auf dem Wahlbericht von Horst Kahrs für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam und Torsten Koplitz zum Wahlausgang in Thüringen:

„Wir sind mächtig stolz auf den Zuspruch, den die LINKE in Thüringen mit dieser Wahl erhalten hat. Über die gesamte Wahlperiode hat sie sehr pragmatisch für soziale Gerechtigkeit, gute Bildung und erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung glaubwürdig linke Politik gemacht. Verlässlich und nah bei den Menschen zu sein, wird von vielen Menschen honoriert. Die LINKE mit Bodo Ramelow haben einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Das Vertrauen zu Bodo Ramelow rührt auch daher, dass er mit seinen Regierungspartnern eine demokratische Kultur des Umgangs auf Augenhöhe praktiziert hat.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist das ein gutes Zeichen. DIE LINKE zeigt in einer Landesregierung, dass es anders geht: mit guter Bildungspolitik, sanierten Schulen und gestiegenen Löhnen – auch dank einem Vergabemindestlohn von 11,42 Euro. Das wäre auch bei uns möglich. Das Wahlergebnis der LINKEN in Thüringen motiviert uns und spornt uns zudem an, intensiv und mit Leidenschaft für unsere Ideen zu werben.“

## LYRIK

Habeck (von Jürgen Riedel)

back to the roots  
was ökologische Landwirtschaft betrifft  
haarsträubend verwurzelt  
im Umwelt-vor-Sozialen

Olaf Scholz (von Jürgen Riedel)

gehört zu denen  
die die SPD kahlrupfen  
flattert politisch  
als Merkel männlicherseits  
wie pseudolinker Flügel der CDU

Luxuskarren (von Jürgen Riedel)

chromblitzendes Prestige  
getunter Kampf  
gegen Minderwertigkeitskomplexe:  
psychologische Gründe  
für Auspuff-Pest  
Crash mit dem Klima



# ◀ AUS DEM LANDTAG

Riesiger Bedarf und wenig Neubau – Landesregierung patzt bei Wohnheimplätzen für Studierende

*Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Wohnen von Studierenden in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drs. 7/4220) erklären die baupolitische Sprecherin, Eva-Maria Kröger und der hochschulpolitische Sprecher, Karsten Kolbe:*

Zum Beginn des Wintersemesters 2019/20 mussten die Studierendenwerke Rostock/Wismar und Greifswald 3.259 Anträge auf einen Wohnheimplatz ablehnen. Die Nachfrage ist seit Jahren ungebrochen hoch; die Zahl der Ablehnungen erreichte mit 3.542 2018 einen vorläufigen Höhepunkt. Dem stehen Sanierungen in Greifswald und ein Neubau in Rostock gegenüber, die mit 147 sanierten Wohnheimplätzen in Greifswald und 70 neuen Wohnheimplätzen in Rostock gerade einmal 6 Prozent der Plätze darstellen, die benötigt würden. Außerdem wurde die Zahl der Wohnheimplätze in Greifswald durch die Sanierung um 30 reduziert, real stehen nun also weniger Plätze als vorher zur Verfügung.



Trotzdem spricht die Landesregierung aus SPD und CDU von einer guten Unterbringungsquote, die sie 'zumindest' halten will. „Wenn über 3000 Studierende einen Antrag auf einen Wohnheimplatz stellen und die Studierendenwerke durch mangelnde Unterstützung der rot-Schwarzen Landesregierung unterm Strich nicht einmal 200 neue Plätze schaffen können, dann ist das für jeden einzelnen der abgelehnten Studierenden eine Katastrophe. Sich da noch hinter Unterbringungsquoten zu verstecken, die angeblich im Bundesmittel liegen, hat mit der Lebensrealität herzlich wenig zu tun.“ sagt Karsten Kolbe. Für Eva-Maria Kröger folgt daraus ein klarer Handlungsauftrag für die Linksfrakti-

on: „Die Studierendenwerke müssen für Wohnheimbau und Sanierung endlich einen eigenen Haushaltstitel bekommen. Es kann bei der momentanen Lage studentischen Wohnens in M-V nicht angehen, dass die Studierendenwerke weiterhin Anträge stellen müssen, um dann eventuell etwas von der sozialen Wohnraumförderung abzubekommen. Wir werden daher im Bildungsausschuss den Antrag stellen, die Studierendenwerke zukünftig mit 5 Millionen Euro pro Jahr für Neubau und Sanierung aus dem Landeshaushalt zu unterstützen. Das Deutsche Studierendenwerk hat eine Unterbringungsquote von 15 Prozent als anzustrebenden Richtwert angegeben. M-V ist mit 11,23 Prozent davon noch weit entfernt. Da hilft es auch nichts, wenn man - wie rot-schwarz - weiterhin versucht sich einzureden, dass man gut im Rennen läge.“

**Mehr Bahn und Bus – auch das Land muss handeln**

*Zur Forderung der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig an den Bund, mehr Geld für den Ausbau des Nahverkehrs bereitzustellen, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke:*

„Für mehr Bahn und Bus muss auch das Land handeln. Gestaltungsspielraum für die Ausweitung des Nahverkehrsangebotes besteht, es ist Zeit umzusteuern. Würden Leistungen für den Ausbildungsverkehr aus Landesmitteln, statt aus Regionalisierungsmitteln gezahlt werden, wäre mehr Geld für die Bahn, die Vernetzung von Bahn-Bus-Rufbus und über Kreisgrenzen hinweg vorhanden. Wir brauchen eine Initialzündung für den Nahverkehr. Mit unserem Mobi-Pass-Vorschlag würde ein besseres Verkehrsangebot für alle, sowie eine kostenfreie Nutzung für alle Kinder und Jugendlichen erreichbar sein. Denn was nützen ein 365 Euro-, ein Azubi- oder ein Schüler-Freizeit-Ticket, wenn nichts fährt.“

Die Forderung nach mehr Geld vom Bund ist berechtigt. Aber die Verhandlungsbasis dafür ist denkbar schlecht. Wer das Geld für die Bahn hortet statt es auszugeben und gerade einmal mickrige 5 Mio. Euro Landesgeld für den Regionalbahnverkehr übrig hat, hat schlechte Karten in Berlin Gehör zu finden. Die Landesregierung ignoriert jahrelange Forderungen aus Südmecklenburg und zur notwendigen Verlagerung von Verkehr auf die Schiene und verpasst aktuell der Südbahn mit der Stilllegung von Teilabschnitten und unzureichender Finanzierung noch befahrener Abschnitte den letzten Gnadenstoß. Sie nimmt billigend in Kauf, damit eine ganze Region abzukoppeln. Die Südbahn muss

wieder fahren – durchgängig und in Landesverantwortung.

Ab 2020 verabschiedet sich das Land gänzlich aus der Verantwortung für den Bus- und Straßenbahnverkehr. Damit ist zweifelhaft, ob künftig mehr Busse und Rufbusse fahren, noch dazu besser über Kreisgrenzen hinweg und mit der Bahn abgestimmt. Das Land muss zusätzlich unterstützen. Nur Geld vom Bund zu fordern, macht schlechte Verkehrspolitik des Landes nicht wett.“

**Mindestausbildungsvergütung: richtiger Schritt, aber zu niedrig – Einhaltung muss kontrolliert werden**

*Zur vom Deutschen Bundestag beschlossenen Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ab 1. Januar 2020 erklärt die Fraktionsvorsitzende der Linken im Landtag M-V, Simone Oldenburg:*

„Endlich, endlich muss man rufen, hat der Deutsche Bundestag auch für Azubis die längst überfällige gesetzliche Mindestlohngrenze eingezogen. Ab dem 1. Januar 2020 erhalten alle Auszubildenden im ersten Lehrjahr auch in M-V mindestens 515 Euro. Tausende Jugendliche vor allem in Betrieben ohne Tarifvertrag werden davon profitieren, allerdings auch Auszubildende in sieben Bereichen mit Tarifvertrag in M-V. Die 515 Euro sind jedoch weit entfernt von den 660 Euro der durchschnittlichen bundesweiten Ausbildungsvergütung und natürlich nicht existenzsichernd. Bundesweit profitieren somit auch nur drei Prozent von der nun beschlossenen Mindestausbildungsvergütung.“

Deshalb bleiben wir auch bei unserer Forderung nach einem Azubi-Ticket für M-V – und zwar sofort!

Darüber hinaus brauchen wir ein Recht auf vollqualifizierte Ausbildung und gerade in M-V mit seinen hohen Schul- und Ausbildungsabbrecher-Quoten ausreichende Schulsozialarbeit und Ausbildungsassistenten.

Zudem fordern wir die Landesregierung auf, die Einhaltung der Ausbildungsvergütungsuntergrenze von Anfang an besser zu kontrollieren als bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes. Die Einrichtung einer Hotline wäre ein erster Schritt.“



# ◀ PLATTDEUTSCH VON KURT KAISER

## „DEUTSCHE AN EINEN TISCH!“

Vor 70 wurde der erste deutschen Arbeiter- und Bauerstaat, die DDR, auf dem Territorium der SBZ gegründet. Zwei Jahre später, im Jahre 1951 forderten Ministerpräsident Otto Grotewohl und die Volkskammer der DDR von Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Bundesrepublik: **„Deutsche an einen Tisch!“** zu Verhandlungen über die Einheit Deutschlands. Davon erzählt hier meine plattdeutsche Geschichte:

### I.

„Dütsche an einen Disch?“ Disse Upförderung fün in de DDR grote Taustimmung. Ok de DEFA-Wochenschau wull doroewer berichten un hett in Toitenwinkel, up Vorschlag von Burmeister Hübel, mien Famili as Gesprächspartner wählt. Wi harn grad unsen Nieburnhoff, dat heit ´n Wahnhus mit Veihstall und Schühn farig bugt un betreckt. Dat passte. Bevör nu de Kinomaker - ein Regissör, sien Assistent, ein Filmkameramann un ein Belüchter, mit denn Uprau: „Klappe die Erste: Wohnstube Neubauernhaus Kaiser!“ losleggten, löt mien Mudding sich dat nich nähmen de „Herrschaften“ mit Blaut-un Grützwurst tau bewirten. „Dat gehürt sik so för ´n ordentlichen Gastgäwer!“ meinte se.

Alldiweil sik de DEFA nu in de Kök mit de fette Swiensblaut-un Grützwurst von Mudding traktieren deed, luerten mien Vadder, Brauder Peti, Ilse, mien grad angetrute Fru, un ick, in uns Wahnstuw, dormit dat Spektakel losgahn süll. De Regisseur makte uns Maut: „Ich denke, ihr werdet gute Darsteller unserer Filmszene sein. Hier ist alles echt, das Milieu und ihr seid ungeschminkt. Mit einem zwei Minuten-Cut werden wir werden wir patriotische Geschichte machen!“

Dor knurrt mien Vadder: „Wat sölln wi hier mit ein Zwei-Minuten-Katt, wi hemm doch an unsen Karer Rattz genau.“

Ick klorte Vadding up: „De Herr Regissör meint mit Cut einen Schnitt, Vadder, dat heit, nah zwei Minuten ward disse Film schnäden, afsnäden!“

Mien Oll verstün nix un wull noch wieder öwer de för em mysteriöse „Zwei-Minuten-Katt“ zaustern. Oewer, ungeduldig förrerte nu de Regisseur Upmarsamkeit in: „Einen Haken hat dies hier noch, mir fehlt noch ein sichtbarer Bezugspunkt zum Otto!“

„Wat för einen Otto,“ reep dunn Mudding bang, „wier mien Blautwurst tau fett?“

„Heff ick di nich furts warnt, Grete, dat de Lüd ut de Stadt dat Fett nich verdrägen? - Uns Priwee is buten, achter de Schün!“

De Regissör lachte un reep: „Entschuldigung, ich dachte bei „Otto“, an unseren verehrten Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.“

Vadders nu noch mihr reizt: „Wat hemm wi denn mit Grotewohl tau dauhn? Wi sünd

mit em weder verwandt, noch verschwägert!“

De Regissör nu gereizt: „So meine ich das doch auch nicht, Genosse Kaiser. Ich meine, dass es nicht genügt, wenn hier einer sagt: ‚Wir danken unserer Regierung und rufen den Westen auf positiv zu antworten; vorwärts für Frieden und Einheit, Deutsche an einen Tisch!‘, und so weiter und so fort.“ „Ah, nu Verstah ´k - verstah!“, röp mien Oll un ick slöch vör, einen Breif oewer de dütsche Einigkeit, an Unkel Walter nah Wuppertal tau schriewen.

Mudding wier öwerrascht: „Wat för einen Unkel in Wupper, siet wann hemm wi denn einen Unkel in ´n Westen?“

Ick klorte ehr up: „Walter, dat wier mien Kumpel in ´n POW-Kriegsgefangenenlager, un de läwt nu in Wuppertal. Ick möst em, weil he Teihn Johr öller is as ick, ümmer as „Unkel Walter“ anspräken“. De Regissör wier von mien Idee begeistert: „Das ist es! So machen wir ´s: Du, Junior schreibst jetzt an Onkel Walter nach Wuppertal einen Brief wegen der Einheit und dein alter Herr hier, pafft gefälligst auf seine Piep dicke Wolken in die gute Stube, damit Dunst reinkommt!“

Mien Vadder häwte sien Händ ´ un knurte: „Nee dat geiht nich! Piep roken un blots so dor sitten, dat kann sik kein Buer erlauben. Dor heff ick ein bädre Idee und ward hier Lotte ehr kaputtTohmtüch flicken, so süht dat wenigstens na Arbeit ut!“

De Regisseur nu misstruisch: „Was für eine Lotte, bitte schön, soll hier geflickt werden?“

Ick prust nu los, bi denn Gedanken, dat de Register bi Lotte flicken an ganz wat aners dacht hemm kün un frög: „Lotte dat is uns Stut, ower wat dachten Sei!“

De Regissör griete nu Charlott an: „Und Sie, junge Frau, was machen wir hier mit Ihnen?“ un plinkerte mit de Ogen: „Wie wär ´s denn mit einem Baby auf dem Schoß? - Haben wir vielleicht eins zur Verfügung?“

Mien Brauder lachte: „Nee - ist noch in Arbeit!“

Mudding verfierte sik: „Wat spiejökst ji hier rümme? Dormit spaßt man nich!“

De Regissör schnuffte untaufräden: „Na, dann streichen wir eben das Baby, aber was könntn wir noch als Ersatz nehmen?“ Ick wull dat twischen Charlott un mi all brisante Babythema fix werrer verlaten, wull lustig antwurten: un säd: „Villicht ´n Farken?“

Dat wier dat blödeste wat ick antwurten künn und von dat sik ok noch Vadders anstecken löt:

„N´ Farken? - Nee, dat geiht nich! Dat Diert makt tau väl Radau un villicht ok noch Schiet in uns gaud Stuw!“

De Regissör wür nu ungeduldig un reep: „Was schlagen Sie denn vor, Genosse Kaiser?“ Un Vadders schlog vör, dat sien Schwiegerdochter denn Karer „Rattze“ up ehren Schoot nähmen süll, wat denn doch ok schön gemütlich utseihn wür.

Oewer dormit wull mien Charlott sik nu nich anfründen un beidt sik tau ´n Tüffel schälen as Schaeueffekt an. Mudding höl mihr wat von ´t „Boddern“ wat doch woll ein Buernwirtschaft ähnlicher sin wür. Denn Regissör wür nu dit Gezeter endgültig tau väl. Nervös kratzt he sien Glatz un entscheidet: „Schluss mit dem Gelaber: weder Baby, noch Schwein noch Katz, noch Ratz! Ob hier eine Jungbäuerin buttert oder Kartoffel schält, ist doch auch sch - egal!“ De Regieassi kritzelte ineffrig alls in sien Dreihbauk un fragte dann: „Schälen oder Buttern? Chef was ist das, Buttern?“

De Regissör ignorierte mit ein Handbewägung de Frag un geef mi Anweisung: „Pass auf Junior! Du bist jetzt unser Hauptdarsteller, alles was du hierzu sagen willst, muss gut rüber kommen. Also, schreibst du jetzt - nein, nicht jetzt, dann wenn deine Klappe gefallen ist: „Lieber Onkel Walter, uns geht es hier gut in der DDR, und es könnte uns vereint noch besser gehen. Unser Ministerpräsident hat an Deinen Bundeskanzler geschrieben und vorgeschlagen, dass wir Deutschen uns an einen Tisch setzen und aushandeln, wie wir schnell wieder friedlich zusammen kommen!“

Nu wür dat plötzlich daghell un warm in de Toitenwinkler Niebuernstuw, un Regissör reep: „Klappe, die Erste: Neubauer Kaiser sitzt in seiner neuen Bauernstube und schreibt an seinen Kameraden, Onkel Otto, über den Zonen-Präsidenten Walter Grotewohl eine Erklärung zur Deutschen Einheit!“

„Stopp! Verdammte Scheiße!“ Regissör startte mich fragend an: „Dein Onkel aus der Kriegsgefangenschaft heißt doch nicht Otto?“

„Ne, de heit Walter!“, antwurd ick. De Regissör klatsche sik taufräden de Händ: „Das sag ich doch, der Otto heißt Grotewohl! - Also, noch einmal: Klappe, die zweite!“

Endlich güngen de Strahlerlampen an un makten de Stuw hell un so heit, dat de frische Buna-Kalkwandputz an tau dunsten füng.

Quellen: **Progress Filmverleih** (CD) „DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“ 6 / 1951/2 sw, 01:39 min.

**BuchHandelsGesellschaft zu Lübeck**, Autor Kurt Kaiser: **Dörpgeschichten Band 4**; ISBN 978 3 946696 18 6.



## 30 JAHRE FRIEDENSGETET

25. Oktober 2019 - 30 Jahre Friedensgebet  
im Bad Doberaner Münster

Wenn auch nicht ganz zeitgleich mit Leipzig, Dresden und anderen Orten der DDR fand am 25. Oktober 1989 das erste Friedensgebet im Bad Doberaner Münster nach anschließender Demonstration statt. Es war kein Montag, sondern ein Mittwoch. Die Teilnahme war in der Folgezeit sehr groß. Bis zu 5.000 Demonstranten wurden geschätzt. Es waren nicht alle Bad Doberaner. Viele Autos mit Kennzeichen aus Berlin, Leipzig und Dresden sah man in Bad Doberan. Ein heute sehr bekannter Mann, Joachim Gauck, war oft der Hauptredner im Münster. Nach 30 Jahren, am 25.10.2019, waren nur etwa 200 Teilnehmer anwesend.

Vor 30 Jahren hielt die Mehrzahl der Parteimitglieder der SED dem politischen Druck der damaligen Zeit nicht stand. Sie gaben ihr Parteibuch zurück. Dazu gehörte der ehemalige Vorsitzende des Rats des Kreises und viele andere bekannte Genossinnen und Genossen.

Wie in vielen anderen Orten bildete sich auch in Bad Doberan auf Initiative des Bürgermeisters ein „Runder Tisch“. Sprecher wurde Pastor Jürgenson. Des Öfteren eröffnete er die Beratung mit einem Gebet. Viele Probleme wurden besprochen. Die meisten wurden in ihrer Realisierung von der Zeit überholt. An den Bürgermeister wurden die meisten Fragen gerichtet und Aufgaben erteilt. Es entstand eine Art Doppelherrschaft, denn es gab auch noch die gewählte Stadt-

vertretung.

„Wir sind das Volk!“ war die Losung der Demos im Herbst 1989. Im Winter 1990 wurde diese geändert. „Wir sind ein Volk!“ war dann in Leipzig zu lesen. Die Losung sprang auf alle Orte über. Damit begann ein weiterer Abschnitt der Erneuerung. Es steht bis heute die Frage im Raum, wer gab damals die neue Losung aus? Es ist eigenartig, dass niemand das Urheberrecht für sich einfordert.

In der DDR, so auch in Bad Doberan, organisierten sich neue Kräfte zu Parteien und Bündnissen. So entstanden die SPD, FDP, das NEUE FORUM usw. Alle Kräfte bereiteten die Neuwahlen vor. Materielle und finanzielle Mittel flossen von West nach Ost. In Parteibüros fanden sich Berater ein. Die PDS blieb davon unberührt.

Der Wahlkampf im Frühjahr 1990 war bestimmt einmalig. Die DDR bestand noch als eigenständiger Staat, aber die Hauptredner kamen aus den Altbundesländern.

In Rostock z.B. sprachen Helmut Kohl und Willy Brandt, in Bad Doberan der damalige Verteidigungsminister der BRD, Gerhard Stoltenberg. Der „Runde Tisch“ war längst überflüssig. Heute spricht keiner mehr von ihm. Es kamen die ersten freien Wahlen. Mit ihren Ergebnissen traten große gesellschaftliche Veränderungen ein. Die DDR war zu einem Unwort geworden.

Zu den ersten Maßnahmen der frei gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes gehörten die Namensänderungen von Straßen, Plätzen und Einrichtungen. Die Doberaner gingen besonders rigoros vor. Auf Antrag der SPD sollten Namen wie Dr. Leber-Straße

und August Bebel-Straße umbenannt werden.

Die PDS-Vertreter kannten die Geschichte genauer und verhinderten ein neues Unrecht. Nur die **Straße des Friedens** war nicht zu retten. Von 1932 bis 1945 war es die Adolf Hitler-Straße. Der Führer erhielt seine erste Ehrenbürgerschaft in Bad Doberan. Es war noch vor seiner Ernennung als Reichskanzler.

In der Ostsee-Zeitung gab es damals eine Stellungnahme zur Umbenennung dieser Straße. Vereinfacht hieß es, Kommunisten können nicht mehr Namensträger sein, der Frieden muss in der neuen Zeit nicht mehr extra betont werden. So verschwanden in Bad Doberan die Namen von Menschen, die in faschistischen Konzentrationslagern ermordet wurden. So z.B. Liselotte Herrmann oder Dr. Theodor Neubauer. Dafür gab es neue Namen wie Alexandrine.

Aber auch Namen von Bad Doberaner Bürgern, wie Blom und Klöcking waren nicht mehr zeitgemäß. Beide waren Kommunisten. Sie wurden 1932 am Vorabend der Wahl vom Ortsführer der NSDAP Bad Doberan erschossen.

In der Erforschung für Ursachen zur Erstarbung rechter Kräfte, wie NPD, AfD u.a., vor allem im Osten, müssen wir die Vorgänge der damaligen Entwicklung einbeziehen.

Kein Redner des Friedensgebetes vom 25. Oktober 2019 im Bad Doberaner Münster ging auf diese Ereignisse ein.

*Arnold Scholtz*

*Vorsitzender Ortsvorstand*

*DIE LINKE. Bad Doberan*

**Torsten Koplín: 7. Oktober –  
Erkenntnis und Zuversicht,  
nicht Nostalgie!**

Die Feierlichkeiten zum Republik-Geburtstag am 7. Oktober 1989, heute vor 30 Jahren, verkamen zur grotesken Posse. Die Krise der Gesellschaft war unübersehbar. Während die SED-Partei- und Staatsführung in ignoranter und herrschaftlicher Manier ein Staatsbankrott abhielt, demonstrierten an zahlreichen Stellen im Land, vor allem aber in Berlin, Menschen für eine bessere DDR. Eine, die im Sinne von sowjetischer „Glasnost“ und „Perestroika“, also der Vision von Offenheit und Modernisierung, dem Sozialismus ein anderes Antlitz gibt. Was in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten geschah, ist bekannt. Die DDR ist bei allen äußeren Abhängigkeiten einerseits und äußeren Anfeindungen andererseits vor allem an ihren inneren Widersprüchen zu Grunde gegangen. Mit Reglementierungen, bürokratischer Zentralisierung von Kultur, Wissenschaft und Bildung, mit Freiheitsbeschränkungen und politischer Entmündigung wurden humanistische und demokratische Werte des Sozialismus in ihr

Gegenteil verkehrt. Im Alltag der Menschen klafften staatlich postulierter Anspruch und Lebenserfahrung weit auseinander. Der parteiseitig oft zitierten Passage aus dem „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels, dass „die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, standen Gängelei und politische Ausgrenzung Andersdenkender gegenüber. Dem Wissen darum, dass die Arbeitsproduktivität letztlich darüber entscheidet, ob ein sozialistisches Wirtschaftssystem erfolgreich ist, standen untaugliche Methoden der Planwirtschaft und vor allem eine Entfremdung der Eigentümer vom Eigentum (man lese hierzu „Die Alternative“ von Rudolf Bahro) gegenüber.

Ohne diese Fehler und Fehlentwicklungen zu verkennen, ist für DIE LINKE. der 7. Oktober mit den Erkenntnissen von einem historisch bedeutsamen Versuch einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, mit beachtlichen Leistungen eines fortschrittlichen Gesundheitswesens, mit spürbaren Ansätzen der Gleichstellung der Geschlechter, mit dem Niederreißen von Bildungsschranken und die für viele handlungsleitende Grundüberzeugung

von sozialer Gerechtigkeit verbunden. Zugleich ist der 7. Oktober ein Datum der Zuversicht. Aus Fehlern lernend, streitet DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern für einen demokratischen Sozialismus. Eine Gesellschaft, in der Konflikte friedlich gelöst werden, in der es sozial gerecht zugeht, in der die Belange auf demokratische Weise ausgehandelt und entschieden werden und in der niemand in Armut und Ausgrenzung leben muss.

Eine solche Gesellschaft ist nicht nur möglich, sondern auch nötig. Die jetzt Herrschenden zeigen auch hierzulande mit jedem Tag, dass sie nicht auf Gewinne aus Waffenproduktion verzichten wollen, dass sie nicht gewillt sind, das Klima wirksam zu schützen, dass sie nicht daran interessiert sind Armut, insbesondere Kinderarmut entschieden zu bekämpfen.

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern sieht sich als Teil einer Bewegung, die für Frieden, Humanismus und einen sozial-ökologischen Umbau eintritt und sagt mit Nachdruck: „Es geht auch anders!“.

## ROSTOCKER RADENTSCHEID

**Im Wahlkampf vor einem halben Jahr werden sie vielleicht auch Euch um eine Unterschrift gebeten haben, die Organisatoren des „Radentscheides“. Sie wollen aus Rostock eine fahrradfreundliche Stadt machen.**

4.000 Unterschriften benötigt man in Rostock, um ein Bürgerbegehren zu starten. Dann muss sich die Bürgerschaft mit dem Anliegen beschäftigen. Übernimmt sie die Forderungen nicht, kann es zu einem Bürgerentscheid kommen. Der „Radentscheid“ hat die Unterschriften längst zusammen.

Was fordern sie? Bei der Planung sollen Belange der Radfahrer stärker berücksichtigt, Straßen z.B. von außen nach innen geplant werden. Jährlich soll die Stadt entlang der Hauptverkehrsstraßen 10 km neue Radwege bauen, die konsequent gegen Autoverkehr geschützt werden. Weitere 10 km entlang wichtiger Nebenstraßen. Pro Jahr sollen vier Kreuzungen fahrradsicher umgebaut werden. Radwege sollen zu jeder Jahreszeit sicher befahrbar sein (ein großes Manko in Rostock!). Die Stadt soll jährlich 1.000 neue Radabstellanlagen bauen und Bordsteine absenken. In jedem Stadtteil soll es kostenlose elektrische Lastenräder zum Ausleihen geben.

Die jährlichen Kosten belaufen sich laut „Radentscheid“ auf 7,5 Millionen Euro, finanziert z.B. aus dem Etat des Amtes für

Verkehrsanlagen. Während sich vor allem die Grünen den Radentscheid zu eigen machten, reagierte unsere Partei zurückhaltender. Zu unrealistisch und zu teuer



erschien uns die konsequente Umsetzung der Forderungen. In Rostock gibt es in vielen Bereichen einen enormen Investitionsstau, Geld kann man aber nur einmal ausgeben. Könnte die Verwaltung mit ihren Ressourcen, mit ihrer planerischen Kompetenz, die geforderten Maßnahmen überhaupt umsetzen? Wohl eher nicht. Und ganz ehrlich: Würde in einem Bürgerentscheid die Mehrheit der Rostocker Bevölkerung für den Radentscheid stimmen, würden überhaupt genug Menschen

zur Wahlurne gehen? Wohl sehr unwahrscheinlich. Wir wollen zudem auch die Belange der Fußgänger\*innen berücksichtigt wissen. Sie sind nämlich der schwächste Teil der Verkehrsteilnehmer.

Unsere Bürgerschaftsfraktion steht aber dem Anliegen des Radentscheides sehr positiv gegenüber und unternimmt nun den Versuch, gemeinsam mit den Grünen die Mehrheit in der Bürgerschaft dafür zu nutzen, erste Schritte zu gehen. Der Oberbürgermeister soll beauftragt werden, einen Maßnahmenkatalog zur Förderung des Radverkehrs in Rostock vorzulegen, der die Forderungen des Radentscheides möglichst weitgehend berücksichtigt und in Abstimmung mit dem Fahrradforum und den Vertretern des Radentscheides erstellt wird.

Die Leute vom „Radentscheid“ sind realistisch genug, sich ohne Bürgerentscheid auf diesen Weg einzulassen. So lassen sich einige Forderungen umsetzen, und vor allem wird ein Beitrag dazu geleistet, in der Stadtgesellschaft, aber auch in Politik und Verwaltung, einen Mentalitätswechsel einzuleiten. Nicht mehr das Auto hat absoluten Vorrang, sondern alle Verkehrsteilnehmer sind (mindestens) gleichberechtigt.

*Carsten Penzlin*

## BILDUNGSJAHR 2020

Die AG Geschichte im Kreisverband Rostock wird in Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand im kommenden Jahr ein „Politisches Bildungsjahr“ organisieren. Schwerpunkt wird die Frage sein, wie demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert aussehen könnte: in der Ökologie, der Friedenspolitik, im Wirtschaftssystem, im Bildungssystem usw.

Zu ausgewählten Themenbereichen soll es öffentliche Vorträge, Gesprächsrunden und Materialien zum Selbststudium geben. Für die Planung des Bildungsjahres ist es unerlässlich, Eure Interessen abzufragen. Kreuzt bitte bis zu drei Themenbereiche an und meldet diese bis spätestens 31.12.2019 an die Geschäftsstelle oder per Mail an [redaktion.klartext@web.de](mailto:redaktion.klartext@web.de)

Ökologischer Sozialismus

Sozialistische Friedenspolitik

Sozial-ökologischer Umbau des Wirtschaftssystems

Sozialistische Wohnungspolitik

Gesundheitspolitik/ Bürgerversicherung

Bedingungsloses Grundeinkommen

Antifaschismus/ Rechtsruck

ÖPNV/Mobilität



Bundesbankpräsident  
Jens Weidmann fordert  
Rente mit 69.

**Wahrscheinlich kann man mit 69 noch gut in der Bundesbank klugscheißen, aber ganz sicher nicht mehr Straßen teeren, Brände löschen oder Kranke umbetten, meint: DIE LINKE.**

Unfug-Redner der Woche: Jens Weidmann, Bundesbank-Präsident. Er fordert, dass die Menschen erst mit 69 in Rente gehen sollen. Dabei ist klar: Je später der gesetzliche Renteneintritt liegt, für umso mehr Menschen bedeutet das eine Renten Kürzung, da sie gar nicht so lange durchhalten. Was hilft: Eine gesetzliche Rentenversicherung, in die alle einzahlen, auch Politiker, Manager und Beamte. Also auch Weidmann, der von seinen 453.294 Euro Jahreseinkommen genau Null Euro in die gesetzliche Rente einzahlt.



# TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 7.11.	18:30 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Mo., 11.11.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Güstrow	Am Wall 3
Mi., 13.11.	18:30 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes	Kritzkow	"Strike"
Do., 14.11.	15-17 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Der marktgerechte Patient" Film und Diskussion	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
Mo., 18.11.	18:00 Uhr	Beratung der Rostocker Delegierten zum Landesparteitag	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 20.11.	09:30 Uhr	Sitzung der AG Seniorenpolitik	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 21.11.	18:00 Uhr	Sozialismus im 21. Jahrhundert: Vortrag und Diskussion mit Petra Pau	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
Sa., 23.11.	9-15 Uhr	Klausur der Kreistagsfraktion	Kröpelin	Schulstr. 10
30.11./1.12.		1. Tagung des 7. Landesparteitages	Kühlungsborn	Morada Resort Hotel Hafenstr. 2
Sa., 7.12.	9-15 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung LRO: Wahl Kreisvorstand und BPT-Delegierte, Wahl Landratskandidat*in	Güstrow	Bürgerhaus Sonnenplatz 1
Mi., 11.12.	18:00 Uhr	Sitzung des LRO-Kreisvorstandes und Jahresausklang	Güstrow	Burghotel, Heidberg 50

## ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Veranstaltungen der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Diskussion/Vortrag "Linkssein  
im 21. Jahrhundert"

mit Petra Pau, MdB DIE LINKE, Vizepräsidentin des Bundestages

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Kapitalismus führt weltweit zu Spaltungen der Gesellschaften und verschärften sozialen Auseinandersetzungen. Damit einher geht ein weltweit zu beobachtender Rechtsruck – auch hier in Deutschland gibt es Verschiebungen im politischen Koordinatensystem. Mit der AfD ist nun erstmals eine Partei in den Bundestag und in einige Landtage eingezogen, die offen und aggressiv völkische, rassistische, islamophobe, antisemitische sowie antifeministische Positionen vertritt – und damit Erfolg hat. Dieses nationalen und autoritären Kulturkampfes von rechts bedarf es einer starken Antwort von links!

Doch wie kann diese Antwort aussehen? Was sind die Koordinaten eines demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts und was bedeutet heutzutage eigentlich noch „Linkssein“? Welche Anknüpfungspunkte lassen sich dafür bei Karl Marx finden und welche Thesen bedürfen einer Modernisierung?

Gemeinsam mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau begeben wir uns auf die Suche und diskutieren über das „Linkssein“ von heute sowie die damit verknüpften gesellschaftlichen Herausforderungen.

## KLIMAPOLITIK

Klimaschutz kostet Geld!

Holen wir es dort, wo es sitzt!

Nun ist es also beschlossen, das Klimapaket der Bundesregierung. Und die Umweltministerin hat ein Klimaschutzrahmengesetz vorgelegt. Wird Deutschland jetzt zum Vorreiter und Beispiel für andere?

Nein, leider nicht! Ich kann nur sagen, die Bundesregierung ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Man strebt Ziele an, verbindlich sind sie nicht. Es gibt keine Sanktionen, wenn diese Ziele nicht erreicht werden. Alles, was etwas konkreter ist, wird auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben. Und alles mit dem Argument, man müsse die Bevölkerung mitnehmen und Arbeitsplätze sichern. Schaut man sich aber an, wer tatsächlich profitiert und für wen der soziale Ausgleich à la Bundesregierung gilt, dann sind es nicht dieje-

nigen, die Hilfe wirklich benötigen. Die Pendlerpauschale kommt nur denen zugute, die Steuern zahlen. Die Preise für den Nahverkehr steigen weiter. Die Senkung der Strompreise ist so gering, dass sie kaum zu spüren sein wird. Auch wenn man eine saftige Prämie erhält, können sich viele Menschen gerade im Osten ein E-Auto auf absehbare Zukunft nicht leisten. Gerade dieses Programm sichert nur den Absatz in der Automobilindustrie. Stattdessen müsste massiv in Bus und Bahn investiert werden, damit ein kostengünstiger öffentlicher Verkehr eine wirkliche Alternative zum Auto wird. Nein, Klimaschutz muss sozial ausgewogen gehen. Es müssen zu allererst die zur Kasse gebeten werden, die Schuld sind an der Klimakrise. Das sind nicht die kleinen Leute. Das sind diejenigen, die mit ihrer ökonomischen Macht jahrelang Druck auf

## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schläefer  
Layout: Carsten Penzlin  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

die herrschende Politik ausgeübt haben, um ihre Privilegien zu sichern. Es ist überdeutlich: Klimagerechtigkeit ist auch eine Klassenfrage. Glücklicherweise erkennen das immer mehr Menschen. Klimaschutz kostet Geld! Holen wir es dort, wo es sitzt! Denn wenn wir nichts tun, wird es noch teurer. Aber auch jede und jeder von uns kann und muss etwas tun. Das Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ ist out! Nehmen wir diese große Herausforderung der Zukunft an und machen sie zu unserer Strategie sozialer Gerechtigkeit, im Land und international! Das steht einer LINKEN gut zu Gesicht.

Mignon Schwenke  
www.die-linke-mv.de



# ◀ AUS DEM LANDTAG

Landesaktionsplan Vielfalt ist der Landesregierung keinen Cent wert

Zur Protestaktion der Vertreter\*innen der queeren Community vor der Schlossbrücke am 23.10. erklärt die Obfrau der Linksfraktion im Sozialausschuss des Landtags, Jacqueline Bernhardt:

„Die queere Community weist zu Recht darauf hin, dass ein Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt in M-V nicht nur aus Papier bestehen kann. Seit der Veröffentlichung vor vier Jahren schlummert das ambitionierte Maßnahmenpaket vor sich hin. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Berlin und Nordrhein-Westfalen ist der Landesaktionsplan bei uns mit keinem Cent im Landeshaushalt unterlegt.

Auf der Evaluationsveranstaltung im August dieses Jahres musste festgestellt werden, dass so gut wie nichts vorangebracht werden konnte. Fehlende personelle und finanzielle Mittel können nur Stagnation bedeuten, das muss auch der Landesregierung endlich klar werden.

Damit der Landesaktionspläne

nicht zur Farce verkommt, brauchen wir ein deutlich stärkeres Engagement auf der finanziellen Seite. Dringend erforderlich sind auskömmliche und verlässliche Mittel im Landeshaushalt – mit einem eigenen Titel und mehr Geld für Beratungsstrukturen. Meine Fraktion hat hierzu bereits im Jahr 2017 Anträge gestellt, die von SPD und CDU abgelehnt wurden.

Ich erwarte von SPD und CDU, dass sie die Forderungen der Demonstrierenden ernst nehmen und im kommenden Haushalt entsprechende Vorsorge treffen. Die Vielfalt auf dem Papier muss endlich mit Leben erfüllt werden. Ein Landesaktionsplan setzt sich nicht von alleine um.“



Skizzen von Wolfgang Bergt: Borwin von Harald Wroost



**Gewinner:** Bodo Ramelow und DIE LINKE in Thüringen.

**Verlierer:** Die friedliebende Welt und vor allem Europa.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan treibt die Invasion seines Landes in Syrien voran. Das französische Magazin „Le Point“ bezeichnete Erdogan in seiner Überschrift als „Der Ausmerzer“ und schiebt folgende Fragen hinterher: „Werden wir ihm erlauben, die Kurden zu massakrieren- und Europa zu bedrohen?“

## ZITAT DES MONATS

Der isländische Präsident Ólafur Ragnar Grímsson mahnte an: „Eine Menge muss im Finanzsystem getan werden. Wir können kein System gebrauchen, das ständig Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert. Das ist ein fürchterliches System. Warum in aller Welt, sollten wir – normale Menschen, Steuerzahler – zahlen, wenn die Finanzinstitute nicht mit Geld umgehen können.“

(Quelle: Freie Medien)

## LYRIK

So gesehen (von Janina Niemann-Rich)

herbstbunt  
herbstfarben  
herbes Farbenspiel der Gefühle

Ewa (von Janina Niemann-Rich)

Ein Zauberwind  
trägt Dich durch Zeit und Raum  
ein Traum  
ein Glück  
ein Leben

Golden (von Janina Niemann-Rich)

Diskoglanz im Blätterwald  
getanzter Rhythmus Herbst

Kahlschlag (von Janina Niemann-Rich)

Novemberwind beraubt  
hohen Stolz der Bäume

Kein Blühen kein Knospen (von J. Riedel)

kalter Wildwuchs des  
Technologie um der Technologie willen:  
Digi-Tal  
ist müllberghässliches Jammertal  
für Arbeitsplätze  
und gipfelhohe Kultur